

# „Schock mit schlimmen Folgen“

Die Spitzenossen des zerbröckelnden DDR-Regimes waren, wegen der Wirtschaftskatastrophe im Land, zu weitgehenden Konzessionen an Bonn bereit. Sie wollten,

wie eine neue Forschungsarbeit belegt, gegen Milliardenkredite gemeinsame Olympische Spiele in Berlin anbieten und sogar die Mauer preisgeben. Auszüge\*\*:



DDR-Wirtschaftspolitiker Mittag, Krenz, Honecker (1986)\*: Ernüchterung nach niederschmetternder Bilanz

**A**m Dienstag, den 24. Oktober 1989, leitete Egon Krenz die erste Sitzung des Politbüros in seiner neuen Funktion als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED. Dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, zugleich Kandidat des Politbüros, wurde der Auftrag erteilt, mit einer Arbeitsgruppe, der unter anderem Außenhandelsminister Gerhard Beil und sein Staatssekretär, der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und Stasi-Obrist Alexander Schalck, angehörten, „eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation“ vorzulegen.

Darüber hinaus sollte Schürer für die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, die für den 8. bis 10. November 1989 anberaumt war, einen Beschlussskizzenentwurf über notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR ausarbeiten.

Natürlich war die Dramatik der ökonomischen Lage dem Politbüro bekannt, und Krenz selbst war in den vergangenen Jahren eingehend von Schalck und Schürer über den drohenden Zusammenbruch unterrichtet worden.

Die SED-Spitze wußte seit langem, daß die immensen Ausgaben für den

Herrschafts- und Unterdrückungsapparat und die „sozialpolitischen Errungenschaften“ der Ära Honecker, mit deren Gewährung die SED eine Wiederholung des Volksaufstandes von 1953 verhindern zu können hoffte, nicht auf der eigenen wirtschaftlichen Leistungskraft beruhten. Sie wurden vielmehr mit der Herabwirtschaftung des Produktionspotentials, der mangelnden Kapitalbildung der DDR-Wirtschaft, einem beispiellosen ökologischen Raubbau und vor allem aber mit einer wachsen-

\* In der Volkskammer bei der Abstimmung über den Volkswirtschaftsplan.

\*\* Hans-Hermann Hertle: „Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates“. Erscheint dieser Tage in der Kölner Monatsschrift *Deutschland Archiv*. Hertle, 37, arbeitet im Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin.

Gerhard Schürer  
Gerhard Beil  
Alexander Schalck  
Ernst Höfner  
Arno Donda

Berlin, 30. Oktober 1989

39. Ex., je 24 Blatt  
37. Ex., 24 Blatt

Vorlage

für das Politbüro des Zentralkomitees der SED

Betreff:

Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen

Beschlußentwurf:

1. Der Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen wird zur Kenntnis genommen; den Schlußfolgerungen wird zugestimmt.
2. Die Analyse und die Schlußfolgerungen sind in ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des Generalsekretärs, Genossen Egon Krenz, für die 10. Tagung des ZK zugrunde zu legen.

*G. Schürer*  
Gerhard Schürer

Zur Behandlung der Vorlage sind einzuzuladen:

Gerhard Schürer  
Gerhard Beil  
Alexander Schalck  
Ernst Höfner  
Arno Donda

DDR-Lagebericht (1989): „Absolute Geheimhaltung der

den Verschuldung im Westen teuer erkaufte.

Spätestens seit Ende der siebziger Jahre war die Zahlungsbilanzsituation der DDR, über die Gerhard Schürer seit 1973 monatlich im Politbüro berichtete, gegenüber dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ prekär; zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit in den neunziger Jahren hatte die im Wirtschaftsapparat eingerichtete „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“ in einer „geheimen Kommandosache“ an den ZK-Wirtschaftssekretär Günter Mittag zuletzt im September 1989 keinen anderen Rat gewußt, als die Verdoppelung des Exports ins nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) von 12,2 Milliarden Valutamark 1989 auf 24,0 Milliarden Valutamark im Jahr 1995 zu propagieren – eine abenteuerliche Vorgabe.

Trotz solcher Einzelinformationen und den punktuellen Auseinandersetzungen über die Verschuldungspolitik hatte dem Politbüro jedoch nie zuvor eine detaillierte Gesamtanalyse der Wirtschaftslage vorgelegen. Für Krenz war dies nunmehr nicht nur von erster Priorität, weil er vor dem 9. Plenum des Zentralkomitees ein Bekenntnis für mehr Offenheit und eine größere Nähe zur Wahrheit abgelegt hatte. Wenn es schon nicht zu vermeiden war, mußten die Fakten zu Beginn seiner Amtszeit auf den Tisch.

Noch war die Schuld am ökonomischen Desaster Honecker und Mittag zuzuweisen; jeder Tag Zeitverzug muß-



Verhandlungsobjekt Mauer: „Die Grenze überflüssig machen“

Es wird eingeschätzt, daß zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen:

| - Mrd. VM -     | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 |
|-----------------|------|------|------|------|------|------|
| Exportüberschuß | 2,0  | 4,6  | 6,7  | 9,2  | 10,2 | 11,3 |

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der "Sockel" wie folgt:

| - Mrd. VM - | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 |
|-------------|------|------|------|------|------|------|
| "Sockel"    | 55,5 | 62,0 | 63,0 | 62,0 | 60,0 | 57,0 |

Für einen solchen Exportüberschuß bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.

Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden.

Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

Fakten erforderlich"

te jedoch auch den neuen Generalsekretär tiefer in die Verantwortung für den drohenden Ruin ziehen. Nicht zuletzt engte die Krise den politischen Handlungsspielraum der SED ein; mit der ökonomischen Analyse wollte Krenz eine Verständigung über den Rahmen der Wendepolitik herbeiführen.

Erst wenige Tage zuvor, am 18. Oktober, hatten die langjährigen Zauderer im Politbüro auf nachdrückliche Ermunterungen Michail Gorbatschows („Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“) Erich Honecker entmachtet und mit ihm zwei seiner engsten Vertrauten – den Wirtschaftssekretär Mittag und den Propagandachef Joachim Herrmann – aus dem Politbüro entfernt.

Weder Krenz noch seine Mitverschwörer gegen Honecker, Mittag und Herr-

mann verfügten über eine politische Konzeption, die über die vage Zielvorstellung der Wiederherstellung eines engeren Schulterschlusses mit der Sowjetunion hinausgegangen wäre.

Unter „Wende“ verstanden sie den Beginn eines „ernstgemeinten politischen Dialogs“, mit dem die SED „vor allem die politische und ideologische Offensive“ wiedererlangen wollte, ohne „den Sozialismus auf deutschem Boden“ zur Disposition zu stellen.

Wie die folgenden drei Wochen zeigten, hatte die SED zwar noch die Macht, Oppositionsgruppen wie das Neue Forum zur Anerkennung der DDR-Verfassung als Bedingung ihrer offiziellen Registrierung zu zwingen. Die Fähigkeit, ihre Probleme selbst zu lösen, hatte die SED auf wirtschaftlichem Gebiet jedoch längst verloren: Die DDR stand vor dem ökonomischen Zusammenbruch.

Das offenbarte der Bericht der Schürer-Arbeitsgruppe, der das Datum des 27. Oktober trug und vier Tage später auf der Tagesordnung des Politbüros stand. Mit ihrer „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ legten Schürer, Schalck und die

anderen Mitglieder eine niederschmetternde Bilanz der DDR-Wirtschaft vor. Ernüchternd wurde eingangs festgestellt, daß sich die bisherigen Erfolgsmeldungen in einer „tatsächlichen“ Analyse ausnahmslos als Negativposten darstellten. Das Resultat: „Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.“

Als Hauptfakten der ökonomischen Lage werden benannt:

▷ der Rückgang der Investitionen insgesamt, insbesondere aber im produktiven Bereich (1970: 16,1 Prozent; 1988: 9,9 Prozent), und die damit verbundenen Auswirkungen (Zurückbleiben der Zulieferindustrie, Zunahme des Verschleißgrades der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 Prozent im Jahr 1975 auf 53,8 Prozent, in Teilbereichen auf über 60 Prozent 1988; abnehmendes Wachstumstempo des Nationaleinkommens);

▷ die Zunahme des durch Leistungen nicht gedeckten Verbrauchs zu Lasten einer steigenden Verschuldung im kapitalistischen Ausland (von 2 Milliarden Valutamark 1970 auf 49 Milliarden Valutamark 1989) und der Verschuldung des Staates gegenüber dem inneren Kreditsystem (von rund 12 Milliarden Mark 1970 auf 123 Milliarden Mark 1988), damit verbunden ein sich ständig vergrößernder Kaufkraftüberhang und wachsende Sparguthaben, die ihrerseits wieder steigende Zinszahlungen an die Bevölkerung zeitigten, was sich insgesamt als Schwächung der Währung auswirkte;

▷ die Nichterfüllung des NSW-Exports im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 in bedeutendem Umfang.

Die dadurch bedingte Mehrverschuldung, resümierten die Autoren, bedeute eine „grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR“. Ihre Analyse im Oktober 1989:

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, daß die Schuldendienstrate – das Verhältnis vom Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen – nicht mehr als 25 Prozent betragen sollte. Damit sollen 75 Prozent der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen.

Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienstrate von 150 Prozent. Wenn der Anstieg des „Sockels“ verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Milliarden Mark aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von drei Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion von 25 bis 30 Prozent erfordert.



DDR-Industriebetrieb\*: Ökologischer Raubbau



DDR-Wirtschaftsplaner Schürer  
„Zahlungsfähigkeit in Frage gestellt“

Da die notwendigen Exportüberschüsse als unrealisierbar angesehen wurden, konstatierte die Analyse die unmittelbar bevorstehende Zahlungsfähigkeit der DDR. Als Schlußfolgerung schlagen die Autoren eine „grundätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“ vor, deren Hauptaufgabe es sei, „Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen“.

Ihr neues wirtschaftspolitisches Credo lautete: „Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht.“

Und weiter: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR un-

regierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.“

Der Ausweg aus dieser dramatischen Situation bestehe allein in einer Verbindung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Änderung der Wirtschaftspolitik mit einer verstärkten Kooperation mit kapitalistischen Ländern. Dabei wurden einerseits die an einer Stärkung der DDR als politischem Gegengewicht zur Bundesrepublik interessierten Länder wie Frankreich und Japan ins Auge gefaßt, andererseits wurde aber der Bundesrepublik die Schlüsselrolle zugewiesen.

Für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit sei es unerlässlich, „mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln“ und dafür notfalls die Einnahmen aus der Transitpauschale der Jahre 1996 bis 1999 als Sicherheit einzusetzen. Damit würde Zeit gewonnen und ein eventuelles Diktat des Internationalen Währungsfonds vermieden.

Um die konservativ-liberale Bundesregierung für diesen Kredit zu erwärmen, solle ihr gegenüber – aber ausdrücklich unter Ausschluß jeder Idee von Wiedervereinigung und der Schaffung einer Konföderation – erklärt werden, „daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen“. Eine Bedingung wurde erhoben: „Dies müßte je-

\* Im sachsen-anhaltischen Bitterfeld.



Vitamin C mit  
Retard-Wirkung

## Cetebe-Kapseln wirken länger

Nur Cetebe-Kapseln enthalten 100 mikrokleine Wirkstoff-Perlen. Sie versorgen den Körper bis zu acht Stunden lang mit hochdosiertem Vitamin C.

-  **Vitamin C stärkt die Widerstandskraft** gegen Krankheitskeime, beugt damit Infektionen vor.
-  **Vitamin C schützt Herz und Kreislauf.** Weil es mithilft, die Adern freizuhalten und so die Durchblutung fördert.
-  **Vitamin C entgiftet Ihren Körper.** Weil es viele Umweltgifte im Körper unschädlich macht. Wichtig auch für Raucher, denn Nikotin verbraucht viel Vitamin C.

Cetebe (Apotheke) wirkt länger. Damit Ihre Gesundheit nicht zu kurz kommt.

# Cetebe®

Bei Vitamin C-Mangel und erhöhte Bedarf, als Vorbeugung bei Infektionen. Wölfer Bovenau 53/61

doch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Milliarden Mark entstanden ist.“

Als „Zeichen der Hoffnung und der Perspektive“ und um einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung ihres Angebots abzustecken, griffen die Autoren des Papiers aus der Schürer-Arbeitsgruppe einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf und empfahlen, „1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten“.

Schürer führte in der Politbüro-Sitzung ergänzend aus, daß seine Arbeitsgruppe „bis zur großen Politik in Form der Staatsgrenze gegangen sei“, um darauf aufmerksam zu machen, „daß wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können. Wenn die Forderungen erst von der Straße oder gar aus Betrieben gestellt werden, wäre uns die Möglichkeit einer Initiative wieder aus der Hand genommen“.

Angesichts des dargelegten Konkurszustandes der DDR-Wirtschaft bedurfte es wenig Phantasie, um die Wirkungen zu erfassen, die eine Veröffentlichung dieser Fakten zum damaligen Zeitpunkt unter der Bevölkerung erzielt hätte. So beschloß das Politbüro am 31. Oktober 1989, nach Auskunft Schürers ohne längere Aussprache, den Schlußfolgerungen der Analyse zwar als „Arbeitsgrundlage“ zuzustimmen, die Mitglieder des Zentralkomitees der SED jedoch mit diesen Fakten nicht zu schockieren und sie der 10. ZK-Tagung nur wohltdosierte, nämlich in „ausgewogener Form“, in der Rede von Egon Krenz zu Gehör zu bringen.

Diese vom Politbüro empfohlene geschönte Form der Darstellung hatte einen tieferen Grund. In einem als „geheime Kommandosache“ deklarierten Zusatzmaterial zur Zahlungsfähigkeit der DDR klärten Schürer, Schalck und ihre

Mitautoren nur den neuen SED-Generalsekretär Krenz – und nicht das gesamte Politbüro – zusätzlich darüber auf, auf welch tönernen Füßen bereits die laufende Kreditgewährung stand:

Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei 8 bis 10 Milliarden Valutamark. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei circa 400 Banken jeweils mobilisiert werden muß ... Im Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung der Kreditwürdigkeit ist eine absolute Geheimhaltung dieser Fakten erforderlich. Sie dürfen deshalb auch künftig nicht in die Abrechnung der Planzahlungsbilanz einbezogen werden.

In dieser schwierigen Situation suchte Krenz in seinem Gespräch mit dem da-



**Genossen Krenz, Gorbatschow\***  
„Von Honecker schroff zurückgewiesen“

maligen KPdSU-Chef Michail Gorbatschow am 1. November 1989 in Moskau – nur einen Tag nach der Vorlage der ökonomischen Analyse im Politbüro – Rat beim sowjetischen Verbündeten.

Der Niederschrift des Vier-Augen-Gesprächs zufolge erläuterte Krenz dem Generalsekretär der KPdSU, „man sei auf dem 9. Plenum mit dem Vorsatz angetreten, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Wenn er jedoch die Wahrheit über die Volkswirtschaftslage vor dem ZK darlege, dann könne dies einen Schock mit schlimmen Folgen auslösen“.

Gorbatschow unterbrach Krenz schnell und teilte ihm laut Protokoll mit,

in der Sowjetunion sei die reale Lage der DDR bekannt gewesen. Man sei auch über die Beziehungen zur BRD und darüber informiert gewesen, was dort für Pro-

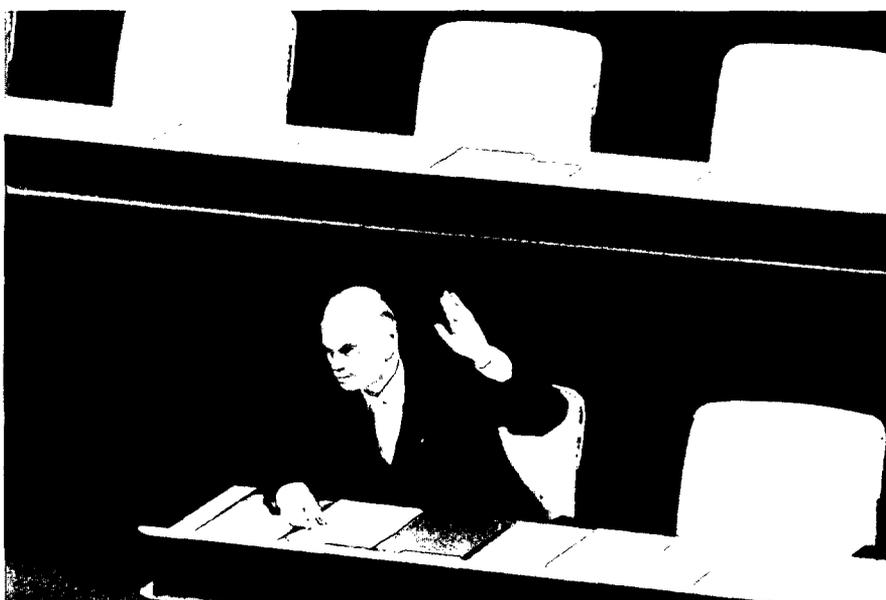
\* Am 31. Oktober 1989 in Moskau.

Zeig' ihr  
keine Blumenseite!



**BLUMEN. UND DER MENSCH BLÜHT AUF.**

Deutschland  
Blumenland



DDR-Regierungschef Modrow (1989): „Kräftig und tragfähig“

bleme heranreifen. Die Sowjetunion sei immer bemüht gewesen, ihre Pflichten gegenüber der DDR zu erfüllen. Abgesehen von der Tatsache, daß wegen großer innerer Schwierigkeiten 2 Millionen Tonnen Erdöl gestrichen werden mußten, habe man stets verstanden, daß die DDR ohne die Sowjetunion nicht funktionieren kann. Diese Unterstützung sei die internationalistische Pflicht der Sowjetunion.

Man habe sich jedoch gleichzeitig gefragt, warum die Sowjetunion in dieser Lage in so aufdringlicher Weise mit den Erfolgen der DDR traktiert werde. Dies war besonders schwer zu ertragen, weil man die wirkliche Lage der DDR kannte. Genosse Gorbatschow sagte, er habe einmal versucht, mit Genosse Honecker über die Verschuldung der DDR zu sprechen. Dies sei von ihm schroff zurückgewiesen worden, da es solche Probleme nicht gebe.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam Krenz auf sein Anliegen zurück: „Die sowjetischen Genossen seien zwar über die ökonomische und politische Lage der DDR gut informiert, er wolle trotzdem die gegenwärtige ökonomische Situation charakterisieren, weil sie der Führung der SED gegenwärtig bei politischen Entscheidungen, die dringend notwendig sind, die Hände bindet.“ Dann referierte er vor Gorbatschow die Rahmendaten des ökonomischen Desasters der DDR.

Gorbatschow geriet aus der Fassung. Im Protokoll des Gesprächs heißt es an dieser Stelle: „Genosse Gorbatschow fragte erstaunt, ob diese Zahlen exakt seien. So prekär habe er sich die Lage nicht vorgestellt.“

Krenz jedoch konnte ihn nicht trösten: „Der Zustand der Zahlungsbilanz sei gegenwärtig in der DDR nicht bekannt“, erwiderte er, aber wenn man real vorgehen und das Lebensniveau

ausschließlich auf die eigene Leistung gründen wollte, müsse man es sofort um 30 Prozent senken. Dies sei jedoch politisch nicht zu verantworten.

Welche Hilfe erhoffte sich Krenz von Gorbatschow? An eine wirtschaftliche Unterstützung war angesichts der eigenen Nöte der Sowjetunion nicht zu denken. Mehr als das Versprechen, daß die Sowjetunion alles daransetzen werde, die bereits eingegangenen Verpflichtungen an Rohstofflieferungen gegenüber der DDR zu erfüllen, konnte Krenz Gorbatschow nicht abringen.

So konnte Gorbatschow dem Ost-Berliner Verbündeten nur einen bescheidenen Rat mit auf die Rückreise geben – „aus eigener Erfahrung“, wie das Protokoll vermerkt:

Genosse Krenz und die Führung der SED müßten jetzt in allgemeiner Form einen Weg finden, um der Bevölkerung mitzuteilen, daß man in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe. Dies könne Genossen Krenz persönlich jetzt noch nicht angelastet werden. Allmählich sei es jedoch notwendig, die ganze Wahrheit auszusprechen.

Zunächst brauche man Zeit für eine umfassende Analyse. Später sei jedoch eine volle Information nicht zu umgehen, weil man sonst die zunehmenden Schwierigkeiten Genossen Krenz selbst anlasten werde. Die Gesellschaft müsse jedoch heute bereits allmählich an diesen Gedanken gewöhnt werden.

Wenn sich angesichts der in den Himmel wachsenden Probleme die gegenseitige Hilfe auf solche Ratschläge für taktische Verhaltensweisen beschränkte, war die Perspektive für beide Partner alles andere als rosig.

In seinem der 10. ZK-Tagung am 8. November 1989 vorgetragenen Referat

Die Art.

Art Cologne. Das ist der Punkt. Internationale Galerien zeigen Kunst unseres Jahrhunderts. Täglich von 11.00 bis 20.00 Uhr in den Rheinhallen, KölnMesse. Die Art Cologne ist die offizielle Veranstaltung des Bundesverbandes Deutscher Galerien e.V. (BVDG).

12.-18. Nov. 1992

Informationen: KölnMesse, Postfach 21 07 60,

**ART  
COLOGNE**  
Internationaler  
Kunstmarkt

Messeplatz 1,  
D-5000 Köln 21,  
Tel. 0221/821-0

KölnMesse

**GEORG JENSEN**  
*Georg Jensen*

**Die zeitlose Uhr.**

Die neuste Georg Jensen Arm-  
banduhr ist einfach und elegant.  
Aus mattgeschliffenem Stahl mit  
Saphirglas und einem Band aus ge-  
flochtenem Stahl.

Von den Architekten Thorup  
und Bonderup entworfen.

4000 Dusseldorf  
Koenigsallee 60  
5000 Köln  
Domkloster 2 A  
8000 München  
Amira-Haus, Brienerstrasse

Händlernachweis: Royal Copenhagen GmbH.  
Köln. Tel. 0221-810011.

befolgte Krenz die Ratschläge Gorbatschows und seiner Ökonomen. Doch berücksichtigte er auch eine Empfehlung Schalcks, in der Öffentlichkeit den Begriff Verschuldung tunlichst zu vermeiden, und sprach außerhalb des Protokolls vage von rund 20 Milliarden Dollar „Verbindlichkeiten“ der DDR.

Als auf der 11. Tagung der Volkskammer am 13. November 1989 Stimmen nach einer „schonungslosen Offenlegung der ökonomischen Lage der DDR, einschließlich der Finanzen und der Devisen“, laut wurden, erklärte Gerhard Schürer unter Berufung auf die Anordnung zum Schutz der Staatsgeheimnisse, Fragen der Verschuldung oder Angaben über die Zahlungsbilanz seien geheime Verschlusssache.

In seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 räumte Hans Modrow, vier Tage zuvor zum Vorsitzenden des Ministerrates gekürt, ein, daß die DDR-Wirtschaft Probleme habe, hob dann jedoch beschönigend hervor: „Aber die volkswirtschaftliche Substanz unseres sozialistischen Staates ist kräftig genug und tragfähig für eine Stabilisierung in absehbarer Zeit, um dann aus besseren Positionen in den nötigen Aufwind zu kommen.“

Als die SED-Führung in der Nacht vom 9. auf den 10. November dann mit der Mauer das letzte für ihr ökonomisches und politisches Überleben vorhandene Tauschmittel für neue Kredite verlor, stand sie mit einer bankrotten Wirtschaft vor ihrem Volk und ohne Ver-

handlungsmasse vor der Bonner Regierung.

Damit war eingetreten, wovor Gorbatschow gewarnt hatte: Die Einheit Deutschlands, so Gorbatschow am 1. November 1989 zu Krenz, sei „keine Frage der aktuellen Politik“. Wenn aber die DDR, so der Kreml-Chef weiter, „nicht die Formel dafür finde, die es ermögliche, daß die Menschen ihre Verwandten besuchen könnten, dann wäre das für die Gesellschaft der DDR ein sehr unbefriedigender Zustand“. Er ermunterte Krenz zu „konkreten Schritten“ im Reiseverkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik, wies ihn aber zugleich ausdrücklich darauf hin, daß man dies „stets mit bestimmten Verpflichtungen und Aktionen der anderen Seite verknüpfen müsse“.

Welche Veranlassung aber sollte die Bundesregierung nun, nach der Maueröffnung, noch haben, die Herrschaft der SED gegen das eigene Volk mit finanziellen Zuwendungen zu verlängern? Kein anderer Staat der Welt würde zudem bereit sein, die DDR von ihren Schulden zu entlasten, und die eigenen Verbündeten waren dazu nicht in der Lage. So war das ökonomische und politische Ende der DDR vorgezeichnet.

Schürers Fazit heute: „Die politischen Ereignisse haben die Aussagen der ökonomischen Analyse und ihre Schlußfolgerungen in wenigen Tagen überholt. Die Maueröffnung, so, wie sie vorgenommen worden ist, ohne jede Gegenleistung, hat es der DDR unmöglich gemacht, als Staat weiter zu existieren.“

\* In der bundesdeutschen Botschaft in Prag.



DDR-Flüchtlinge 1989\*: „Konkrete Schritte im Reiseverkehr“

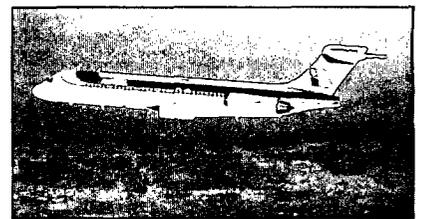
# SEAT TOLEDO SPORT

---

## LUST AM GEWINNEN

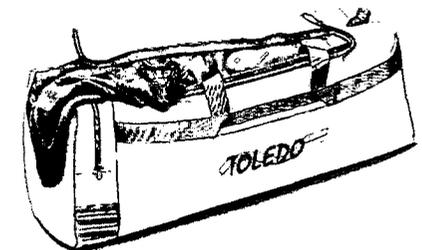
Sie haben Spaß an sportlichen Autos? Dann haben Sie sicher auch Spaß am Gewinnen! Eine richtige Antwort, ein bißchen Glück, und Sie können unseren Hauptgewinn, das IBERIA-Programm „Madrid zu zweit“, genießen:

**IBERIA** <sup>EUROPE</sup> 2 Tickets für einen Linienflug mit IBERIA, je 2 Übernachtungen, 2 interessante Sightseeing-Touren und 2mal 2 Shopping- und Casino-Gutscheine. Oder eine



von 222 TOLEDO-SPORTtaschen mit überraschendem Inhalt. Und nun die Frage zur Antwort: In welchen Motorisierungen gibt es den SEAT TOLEDO SPORT? Kleiner Tip: Schauen Sie doch mal nach links! Und jetzt wählen Sie: **01 30/40 05**.

Letzter Termin für Ihren Anruf ist der 31. 12. 92, 24<sup>00</sup> Uhr!



Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnehmen kann jeder ab 18. Ausgeschlossen sind die Mitarbeiter der SEAT Deutschland GmbH und der SEAT-Vertriebspartner sowie deren Angehörige.

**SEAT**  
Volkswagen Gruppe